



öffentlich

Betreff:
Einsatz von 'Linux'

Erstellungsdatum 17.02.2003

Eingang 02:

Einreicher: PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.03.2003	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei EDV-Neuanschaffungen und Lizenzerwerb bzw. -verlängerungen von Software durch die Verwaltung in Zukunft auf das Betriebssystem „Linux“ umzustellen.
Ein Maßnahmenplan ist bis zum September 2003 vorzulegen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit „Linux“ hat sich seit Anfang der 90er Jahre ein stabiles und leistungsfähiges Betriebssystem entwickelt, das eine ernstzunehmende Konkurrenz zum Betriebssystem „Windows“ des Monopolisten Microsoft geworden ist. Durch „Linux“ entstehen außerordentlich niedrige Kosten, da die Software weitestgehend kostenfrei oder kostengünstig verfügbar ist und keine neue Hardware angeschafft werden muss. Weiterhin spricht für den Einsatz die anerkannt hohe Sicherheit und geringe Störanfälligkeit des Systems, da durch das „open source“-Prinzip jeder Teil der Software tausendfach verifiziert wird.

Aus diesen Gründen haben die Verwaltungen des Bundestages, diverser Bundes- und Landesministerien sowie zahlreicher Kommunen bereits vor einiger Zeit begonnen, ihre gesamte EDV-Software auf „Linux“ umzustellen. Auch die Landtagsverwaltung Brandenburg stellt auf „Linux“ um. Die bisherigen Erfahrungen im Verwaltungsbereich sprechen also klar dafür, dass dieser Weg weiter gegangen werden sollte.

Auch in der Stadtverwaltung Potsdam sollte dieser Umstieg zügig vorangetrieben werden. Dabei ist es nicht notwendig, neue Rechentechnik anzuschaffen. Gleichzeitig ist es möglich, in einer Phase des Übergangs die jetzige Software parallel zu betreiben, so dass ein besonderer Kosten- und Organisationsaufwand durch eine vollständige Umstellung nicht anfällt. Vielmehr sollte ab sofort bei jeder notwendigen Neuanschaffung konsequent „Linux“-Software eingesetzt werden. Bestehende Lizenzverträge alter Software sollten nach Ablauf der Vertragszeit nicht verlängert werden.